Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

13.5.1864 (No. 112)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 13. Mai.

Nr. 112.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **Berlin**, 12. Mai. Die heutigen Morgenblätter veröffentlichen einen Aufruf einer Anzahl hochkonservativer Personen, v. Arnim-Boytzenburg voran, zu einer Adresse an den König, woraus wir folgende Stelle heraus-heben:

Wir halten die Trennung des deutschen Theils von Schleswig und Holstein von Dänemark, und ihre Vereinigung zu einem Ganzen — sei es unter einem eigenen Landesherrn und unter dem wirksamen Schutz eines mächtigen deutschen Staates, sei es als Theil des letzteren — für die einzige Lösung, welche die gebrachten Opfer lohnt und die Dauer des Friedens und des Wohlbefindens der Betheiligten verspricht.

Wien, 11. Mai. (W. T.-B.) Bei heutiger Offerteröffnung auf die neue Anleihe wurde das Angebot der englisch-österreichischen Bank mit Baring, Wodianer, Sina, auf 23½ Millionen zu 77,10 angenommen. Die Wiener Kreditanstalt und Darmstadter Bank offerirten zusammen 10 Millionen zu 76. Dies wurde nicht angenommen.

Deutschland.

Frankfurt, 9. Mai. Durch den Ausschuß der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen ist am 8. d. M. die nachfolgende Rechtsverwahrung, unterzeichnet von 1349 Landtags- und Bürgerschafts-Mitgliedern, an den Bundesbevollmächtigten bei der Londoner Konferenz, Frhrn. v. Beust, eingesendet worden:

Angesichts des Zusammentritts der Londoner Konferenz und in Ermangelung einer Gesammtvertretung unserer Nation erklären wir, die unterzeichneten Mitglieder deutscher Landesvertretungen, vor Deutschland und Europa:

Das klare Recht und der ausgesprochene Volkswille fordert die Trennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein von Dänemark. Das klare Recht und der ausgesprochene Volkswille beruft den Prinzen von Augustenburg zur Erbfolge in den unzertrennlich verbundenen Herzogthümern. Ist dieses Recht bestritten, so steht die Entscheidung keiner Konferenz der Mächte, sie steht allein dem Volk und seinen Vertretern zu. Gegen jede Verfügung, die über das Schicksal der Herzogthümer ohne und wider ihren Willen getroffen werden sollte, protestiren wir im Namen der Nation und verwahren für jetzt und alle Zukunft das Recht Deutschlands und des schleswig-holsteinischen Volkes. Unterzeichnet im Monat April 1864.

Herzogthum Anhalt, von 35 Landtags-Mitgliedern 1 Mitglied unterzeichnet. Großherzogthum Baden, von 63 Mitgliedern der Zweiten Kammer 61 unterzeichnet. Königreich Bayern, von 148 Mitgliedern der Abgeordnetenkammer 121 unterzeichnet. Herzogthum Braunschweig, von 46 Landtags-Mitgliedern 42 unterzeichnet. Freie Stadt Bremen, von 145 Bürgerschaftsmitgliedern 111 unterzeichnet. Freie Stadt Frankfurt, von 98 Mitgliedern und verpflichteten Suppleanten des Gesetzgebenden Körpers 90 unterzeichnet. Freie Stadt Hamburg, von 192 Bürgerschaftsmitgliedern 107 unterzeichnet. Königreich Hannover, von 87 Mitgliedern der Zweiten Kammer 64 unterzeichnet. Großherzogthum Hessen, von 50 Mitgliedern der Zweiten Kammer 43 unterzeichnet. Kurfürstenthum Hessen, von 53 Mitgliedern der Ständeversammlung 47 unterzeichnet. Fürstenthum Liechtenstein, von 15 Landtags-Mitgliedern 12 unterzeichnet. Fürstenthum Lippe-Detmold, von 14 Abgeordneten der Zweiten Kurie 11 unterzeichnet. Freie Stadt Lübeck, von 119 Bürgerschaftsmitgliedern 41 unterzeichnet. Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, von den Mitgliedern der Ritterschaft (deren ansehnliche Zahl nicht genau bekannt ist) 12 unterzeichnet. Herzogthum Nassau, von den Mitgliedern der Ersten Kammer 9, von 24 Mitgliedern der Zweiten Kammer 17 unterzeichnet. Großherzogthum Oldenburg, von 49 Landtags-Mitgliedern 48 unterzeichnet. Kaiserthum Oesterreich. Landtag des Königreichs Böhmen, von 241 Mitgliedern 20 unterzeichnet. Landtag des Herzogthums Steyermark, von 63 Mitgliedern 20 unterzeichnet. Vorarlbergischer Landtag, von 20 Mitgliedern 3 unterzeichnet. Königreich Preußen, von 348 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses 183 unterzeichnet. Fürstenthum Reuß j. L., von 13 Landtags-Mitgliedern 12 unterzeichnet. Königreich Sachsen, von 75 Mitgliedern der Zweiten Kammer 59 unterzeichnet. Großherzogthum Sachsen-Weimar, von 30 Landtags-Mitgliedern 27 unterzeichnet. Herzogthum Sachsen-Meiningen, die sämmtlichen 24 Landtags-Mitglieder unterzeichnet. Herzogthum Sachsen-Koburg-Gotha. Gothaischer Landtag, die sämmtlichen 19 Mitglieder unterzeichnet. Koburgischer Landtag, die sämmtlichen 11 Mitglieder unterzeichnet. Herzogthum Sachsen-Altenburg, von 25 Landtags-Mitgliedern 23 unterzeichnet. Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt, von 15 Landtags-Mitgliedern 10 unterzeichnet. Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen, von 15 Landtags-Mitgliedern 7 unterzeichnet. Fürstenthum Waldeck, die sämmtlichen 15 Landtags-Mitglieder unterzeichnet. Königreich Württemberg, von 88 Mitgliedern der Abgeordnetenkammer 79 unterzeichnet.

Eine ansehnliche Zahl von Landtags- und Bürgerschaftsmitgliedern konnte wegen Abwesenheit von ihrem Wohnort nicht zur Unterzeichnung aufgefordert werden. — Die sämmtlichen anwesenden Mitglieder der badischen Ersten Kammer haben den Protest gleichfalls unterzeichnet und unmittelbar an den Bundesbevollmächtigten bei der Londoner Konferenz eingesendet. — Von den Mitgliedern der kurhessischen Ständeversammlung und der sächsischen Abgeordnetenkammer ist ein Exemplar des Protestes nach London, ein zweites nach Frankfurt gesendet, letzteres jedoch von einigen sächsischen Abgeordneten, die sich an der direkt nach London gerichteten Erklärung betheiligt hatten, nicht unterzeichnet worden. — Die Mitglieder der württembergischen Abgeordnetenkammer haben das Original ihrer Unterschriften unmittelbar an den Frhrn. v. Beust befördert und der geschäftsleitenden Kommission in Frankfurt eine Abschrift zugestellt: „mit der Bitte, von derselben behufs der Publikation und etwaigen Einreichung bei der Konferenz in London jeden der Kommission geeignet scheinenden Gebrauch machen zu wollen.“ — Diejenigen Unterschriften, deren Originale der Kommission vorliegen, sind in notariell beglaubigter, die Unterschriften der württembergischen Abgeordneten in einfacher Abschrift an den Bundesbevollmächtigten eingesendet worden.

× **Frankfurt**, 11. Mai. Die dieswöchentliche Bundestags-Sitzung ist auf heute verlegt worden, weil mehrere der HH. Gesandten morgen der Feierlichkeit der Vermählung des Großherzogs von Mecklenburg mit der Prinzessin Anna an dem Darmstädter Hof beiwohnen werden. Die Sitzung bot nichts Hervorragendes. Zu Beginn derselben wurde Hr. v. Thüngen eingeführt und überreichte seine Vollmacht als interimistischer Bundestags-Gesandter und Vertreter des beurlaubten Hrn. v. d. Pfordten. Hr. v. Thüngen wurde in dieselben Ausschüsse gewählt, deren Mitglied Hr. v. d. Pfordten gewesen. Hierauf kamen Berichte des Hrn. v. Beust über den Verlauf der Londoner Konferenz zur Verlesung. Oesterreich gab ein ablehnendes Votum über den Antrag auf Verlängerung der Privilegien für die Werke Schiller's, Göthe's ꝛc. ab, andere Regierungen erklärten sich ablehnend über die beantragte allgemeine Patentgesetzgebung. Vorträge des Militärausschusses über Festungsbausachen ꝛc. bieten kein allgemeineres Interesse.

Darmstadt, 10. Mai. Das „Frankf. Journ.“ theilt die Note vom 2. d. M. mit, durch welche die großh. hess. Regierung, dem Beispiel der bayrischen folgend, bei Preußen eine Vertagung der Zollkonferenzen bis Ende Mai wenigstens beantragt. Die Note des großh. hess. Gesandten an Hrn. v. Bismarck lautet:

Nach einer an die großh. hessische Regierung gelangten Eröffnung der königl. bayrischen Regierung besteht die letztere auf ihrem Antrag, die Wiederaufnahme der Zollvereins-Konferenzen mindestens bis Ende Mai zu vertagen, und wird an der auf den heutigen Tag anberaumten Sitzung nicht Theil nehmen. Ein gleiches Verfahren wird von Seiten der königl. württembergischen Regierung beabsichtigt. Unter diesen Umständen, und da ohne die Theilnahme der gedachten Regierungen der Zweck der Verhandlungen nicht zu erreichen sein dürfte, glaubt man auch Seitens der großh. Regierung von der Absendung des Bevollmächtigten zur Konferenz zur Zeit absehen und das Ersuchen stellen zu sollen, daß die königl. Regierung dem Antrag Bayerns auf Vertagung der Konferenz bis Ende Mai entsprechen möge. Zugleich aber kann die großh. Regierung nicht umhin, bei diesem Anlaß den dringenden Wunsch wiederholt auszusprechen, daß die königl. Regierung durch erweiterte Zugeständnisse hinsichtlich des Vertragsverhältnisses mit Oesterreich und des damit zusammenhängenden Artikels 31 des Handelsvertrages mit Frankreich, in welcher Beziehung, wie der königl. Regierung bekannt ist, die diesseitigen Ansichten mit denen der königl bayrischen und der königl. württembergischen Regierung ganz übereinstimmen, die Grundlage zu einer raschen Verständigung bei Wiedereröffnung der Konferenzverhandlungen darbieten möge.

Koblenz, 9. Mai. Zu der feierlichen Eröffnung der neuen Rheinbrücke, an der die preußischen Majestäten Theil nahmen, waren Einladungen ergangen an die Großherzogin von Baden, an den Herzog von Nassau und Prinz Nikolaus von Nassau, an den Fürsten und den Erbprinzen zu Hohenzollern, sowie an mehrere andere fürstliche Personen; ferner an die Minister v. Bismarck, v. Bodelschwingh, v. Roon und v. Itzenplitz, an den Staatsminister a. D. v. d. Heydt, an die preußischen Gesandten zu Paris, Frankfurt und Brüssel, an sämmtliche Generale der Rheinprovinz, an die Spitzen der Provinzial- und Departementalbehörden, ingleichen an die Spitzen der nassauischen Zentralbehörden und an zahlreiche Notabilitäten und Körperschaften der Provinz; endlich an die Verwaltungen der an die Linie der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft mittelbar und unmittelbar anstoßenden Eisenbahnen, darunter namentlich auch an die Verwaltungen der belgischen Staats-Eisenbahnen, der französischen Nord- und der Ostbahn und der niederländischen Rheinbahn. Mit Ausnahme weniger Herren, unter welchen der Prinz Nikolaus von Nassau und der Ministerpräsident v. Bismarck anzuführen sind, hatten sich die Eingeladenen bis zur Zahl von nahezu 500 eingefunden. Die Festtheilnehmer versammelten sich in den reservirten Räumen des mit Flaggen, Laubgewinden und Blumen reich verzierten Stationsgebäudes, im Hauptsaal desselben, wo auf einer, beiderseits mit reizendem Blumenflor eingefaßten Estrade die für die Majestäten bestimmten Thronsessel bereit standen.

Die Ankunft der Herrschaften daselbst erfolgte gleich nach 12 Uhr. Sobald die Thronsessel eingenommen, richtete der Präsident der Direktion der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft, Geh. Kommerzienrath Mevissen, eine Rede an den König und verlas die Gründungsurkunde. Der König erwiederte darauf auf die an ihn gerichtete Rede in etwa folgenden Worten: „Sie haben die ruhmvollen Thaten der Armee erwähnt, wie sie an den Ufern der Ostsee, im deutschen Reichslande, den Sieg unseren Fahnen verschafft haben; Sie haben gesagt, daß das neu errichtete Werk ebenso den Zwecken des Friedens, als auch denen des Krieges diene. Ich freue mich, von Ihnen Das aussprechen zu hören, was mir in diesen Tagen an allen Orten, wohin ich gekommen bin, gesagt worden ist: daß nämlich die Wehrhaftigkeit des Volkes den Grund zu aller materiellen und staatlichen Größe bildet. Die Beachtung dieser Regel hat mir mein hochseliger Vater eingeprägt, mein hochseliger Bruder hat danach gehandelt, und ich werde stets darauf Acht haben. Ich danke Allen, welche ihre Thätigkeit diesem schönen Werke gewidmet haben.“

Nach einer kurzen Pause wurde die Abfahrt des bereit gehaltenen, aus 22 Wagen und zwei bekränzten Lokomotiven bestehenden Festzuges befohlen. Derselbe rollte, begrüßt von den Klängen der aufgestellten Musikkorps und zahlreichen Böllerschüssen, in mäßiger Geschwindigkeit über die hiermit ihre Einweihung empfangende neue Brücke, und dann auf dem rechten Strande rheinaufwärts (auf nassauischem Gebiete) nach Niederlahnstein und passirte hier die über die Lahn gespannte, mit Laubgewinden verzierte Eisenbahn-Brücke. In dem Augenblick, als der Festzug sich Angesichts der diesseits und jenseits des Stromes aufragenden Burgen Stolzenfels und Lahneck der Brücke näherte, donnerten ihm die Kanonenschüsse einer auf dem linken Lahnufer aufgestellten Batterie nassauischer Artillerie entgegen. Einige Augenblicke später hielt der Zug bei Oberlahnstein, wo im Moment der Ankunft das Musikkorps eines nassauischen Regiments die preußische Nationalhymne spielte und eine in Parade aufgestellte Kompagnie nassauischer Truppen das Gewehr präsentirte. Der König und der Herzog von Nassau verließen sofort die Wagen, und Letzterer führte den König die Front der Kompagnie entlang. Nach Beendigung dieser kleinen Parade nahm der Geh. Kommerzienrath Mevissen das Wort zu einer Anrede an den Herzog von Nassau, welcher darauf in längerer Rede huldreich erwiederte, sodann seinerseits auch an den König eine Ansprache richtete, und hierauf den in ihren Wagen verbliebenen hohen Frauen, der Königin und der Frau Großherzogin von Baden, je ein prachtvolles Blumenbouquet überreichte.

Als die nunmehr erfolgende Rückfahrt angetreten wurde, ertönte abermals die preußische Nationalhymne und die nassauischen Kanonen donnerten ihren Abschiedsgruß. Wieder an der neuen Rheinbrücke angelangt, hielt der Festzug an, um ein bereitgehaltenes Dejeuner einzunehmen. Während desselben nahm der Geh. Kommerzienrath Mevissen das Wort zu einem Trinkspruch auf den König und die Königin. Der König erwiederte auf den Trinkspruch, wie er sich freue, daß bei den Reden, die er in der jüngsten Zeit entgegengenommen, die Anerkennung ausgesprochen worden sei, daß die Gründung eines starken Preußenthums auf der Armee beruhe. Eine gedeihliche und sichere Entwicklung der Industrie sei nur unter dem Schutz der Armee zu erwarten. Er schloß mit den Worten: „Ich trinke auf das Wohl des Vaterlandes, des Heeres und des Rheinlandes!“ Gegen Abend fand im k. Schloß ein großes Diner statt, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen waren. An das Diner reihte sich später eine Soirée bei dem Hrn. Oberpräsidenten der Rheinprovinz, zu welcher sämmtliche Festtheilnehmer Einladungen empfangen hatten. Den Schluß der heutigen Festlichkeiten bildete zwischen 9 und 10 Uhr ein Feuerwerk und eine prächtige Beleuchtung des Ehrenbreitsteins und der Pfaffendorfer Höhe mit bengalischen Flammen.

An die Festlichkeiten zu Koblenz reiht sich morgen eine zweite Festfahrt an. Der Herzog von Nassau hat nämlich die Theilnehmer an der heutigen Feier zu einer Eisenbahnfahrt im Lahnthal bis Weilburg einladen lassen.

Koburg, 7. Mai. (Kob. Ztg.) Am 12. d. wird die Trauung der Prinzessin Clotilde von Koburg und Gotha, Herzogin zu Sachsen, mit dem Erzherzog Joseph von Oesterreich in der hiesigen Kapelle des Residenzschlosses vollzogen werden.

Dresden, Mittwoch 11. Mai. (W. T.-B.) Zeitungsangaben gegenüber ist das „Dresd. Journ.“ zu der Erklärung ermächtigt, daß dem Hrn. v. Beust bezüglich seiner Wahl zum Vertreter des Deutschen Bundes bei der Londoner Konferenz von keiner Seite die Zumuthung einer Bedingung gemacht wurde.

Hannover, 10. Mai. (Fr. J.) In der Ersten Kammer sollte heute über die Entpüllungen des Blaubuchs verhandelt werden. Der Staatsminister suchte indeß die Verhandlungen darüber durch folgende Erklärungen abzuschneiden, von welchen die erste Namens der Regierung, die zweite Namens des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Platen, abgegeben wurde:

1) Die k. Regierung muß es mit voller Entschiedenheit ablehnen, über den Inhalt einseitiger und in keiner Weise beglaubigter Berichte auswärtiger Gesandten aus deren Unterredungen mit einzelnen Mitgliedern des k. Ministeriums in irgend welche Erörterung einzutreten. Die k. Regierung hält in Beziehung auf die Behandlung der Angelegenheit der Herzogthümer Holstein, Schleswig und Lauenburg unabänderlich fest an deren Standpunkt, welcher von Sr. Maj. dem König

in der Thronrede vom 18. Febr. d. J. unter dem Beifall der allgemeinen Ständeversammlung bezeichnet worden ist, und, überzeugt, daß nur durch die volle politische Selbständigkeit der Herzogthümer ein dauernder Friede gesichert werden kann, — wird sie im Verein mit ihren deutschen Bundesgenossen fortfahren, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß ein solcher Friede erreicht wird. — In Rücksicht auf die Successionsfrage endlich, in welcher die k. Regierung sich lediglich durch Gründe des Rechts bestimmen lassen kann, muß dieselbe auch jetzt jedes einseitige Vorgehen ablehnen.

2) Die dem englischen Parlament vorgelegten Berichte des hier beglaubigten k. großbritannischen Gesandten, von denen kein einziger von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorher verifizirt ist, geben weder ein vollständiges, noch, soweit dieselben vorliegen, richtiges Bild von dem Inhalt der zwischen dem gedachten Gesandten und dem Minister über die schleswig-holsteinische Sache stattgehabten Unterredungen. Berichte über die mehrfach erfolgte entschiedene Wahrung des deutschen Rechts und die energische Zurückweisung versuchter Einwirkung auf die innere Landesverwaltung, wie über den Ausdruck der Ueberzeugung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, daß nur durch Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark ein dauernder Friede erreicht sein werde, — fehlen gänzlich, und die vorgelegten Berichte, die häufig nur Auszüge sind, enthalten in den wesentlichsten Punkten eine irrthümliche Auffassung und Mißverständnisse. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten muß daher jede Verantwortlichkeit für diese einseitigen und nicht von ihm verifizirten Berichte entschieden ablehnen und gegen jede Beurtheilung der hannoverschen Politik auf Grund derselben Verwahrung einlegen.

Beide Erklärungen schienen indeß nur wenig zu befriedigen. Vizepräsident v. Bothmer beantragte, die Verhandlung bis zum Donnerstag auszusetzen, damit die Mitglieder des Hauses Zeit hätten, die beiden Erklärungen reiflich zu prüfen. Das Haus genehmigte diesen Vorantrag gegen wenige Stimmen. Die Zuhörertribünen waren überfüllt. In der Diplomatenloge bemerkte man den russischen und bayrischen Gesandten.

Cuxhaven, 11. Mai. Der preußische Avisodampfer „Adler" ist diesen Nachmittag 4 Uhr mit Schwerverwundeten von den österreichischen Fregatten „Schwarzenberg" und „Radetzky" nach Hamburg abgegangen.

Hamburg, Dienstag 10. Mai. Ein Extrablatt der „Cuxhafen. Ztg." meldet: In dem gestrigen Seetreffen wurden die Dänen in die Flucht getrieben und steuerten nordwärts. Die Alliirten waren an nachdrücklicher Verfolgung verhindert, weil der Vordermast des „Schwarzenberg" brannte. Der Verlust der Dänen ist nicht bekannt. Der „Schwarzenberg" hat 170 Todte und Verwundete, unter letzteren viele schwer, der „Radetzky" 5, die preußischen Boote keine. Die Mannschaften kämpften mit außerordentlicher Bravour und Todesverachtung. Die Schnelligkeit der preußischen Kanonenboote und die Vortrefflichkeit ihrer Geschütze hat sich auf's glänzendste bewährt. In Cuxhafen und in Hamburg haben sich Verpflegungskomitees für die Verwundeten gebildet.

Hamburg, 10. Mai. Die Hamburger Assekuranzgesellschaften haben ihr in Cuxhaven liegendes Dampfschiff dem Commodore Tegethoff unentgeltlich zur Verfügung gestellt, um alle Verwundeten nach Hamburg zu transportiren. Hier hat sich bereits ein Komitee aus den bedeutenden Rhedern und Kaufleuten gebildet, um speziell für die Verwundeten und Hinterbliebenen der gestern Gefallenen möglichst zu sorgen.

Hamburg, 11. Mai. (Presse.) Der Fluthverhältnisse wegen ist der preußische Avisodampfer „Adler", welcher die Verwundeten der österreichischen Fregatten gestern Nachts 10 Uhr hieher bringen sollte, nicht angekommen, und konnte erst heute Morgens 7 Uhr in Hamburg einlaufen. Es sind 35 Schwerverwundete von der Fregatte „Schwarzenberg", 14 von der „Radetzky", darunter 1 Offizier und 2 Kadetten. Im Lauf der Nacht während der Herreise sind 1 Kadet und 2 Mann erlegen. Die Zahl der Todten beträgt, soviel bis jetzt bekannt ist, 33. Die Leichtverwundeten sind in Cuxhaven geblieben.

Die Preußen erzählen, daß die Dänen geschlagen wurden, nur in Folge des Brandes auf dem „Schwarzenberg" das Gefecht abgebrochen werden mußte, und im andern Fall Alles vorbereitet war, die dänischen Schiffe zu entern.

Kiel, 10. Mai. (N. Pr. Ztg.) Gestern Abend verbreitete sich bereits das Gerücht, daß die Preußen ein englisches Schiff im Eiderkanal mit Beschlag belegt hätten. Die Nachricht bestätigte sich. In unserer Bucht befindet sich das Schiff, welches preußische Soldaten gestern im Kanal bei Holtenau angehalten und, da der Kapitän nicht im Stande war, sich zu legitimiren, aufgegriffen haben. Das Schiff, das die englische Flagge führt, befindet sich heute in der Bucht unweit des Bahnhofes und lockt zahlreiche Neugierige dahin. Das Schiff ist ziemlich groß und soll nach Aussagen des Kapitäns von Riga gekommen sein. Der englische Konsul, Hr. Iven, ist bemüht, das angebliche Mißverständniß zu lösen und die Freilassung des Schiffes zu erwirken. Es ergingen bereits telegraphische Anfragen nach Berlin, Riga und London. Da der Eintritt der Waffenruhe beschlossen ist, so dürfte der gefangene Engländer übermorgen wieder seine Freiheit erhalten.

Berlin, 11. Mai. Ueber das Seegefecht bei Helgoland schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.":

Noch in der letzten Stunde hat das österreichisch-preußische Geschwader die erste Feuertaufe bestanden. Daß die englischen Berichte diesen Kampf als einen Sieg der Dänen hinstellen, ist leicht erklärlich; doch schon die Hamburger Berichte, obgleich sie auch noch unter dem englischen Einfluß stehen, da die Nachricht zunächst aus Helgoland gekommen, wissen von den harten Verlusten dänischer Seits zu erzählen. Jedenfalls hat das Gefecht keine Folgen von Bedeutung gehabt, da die deutschen Schiffe glücklich den Hafen erreicht haben, nachdem sie das Gefecht abgebrochen, woran besonders der Umstand Schuld gewesen zu sein scheint, daß eine österreichische Fregatte in Brand gerieth. Daß das Feuer gelöscht und daß der Rückzug unter diesen Umständen und nach so harten Verlusten glücklich ausgeführt werden konnte, ist uns ein Beweis eben so wohl von der Bravour, mit welcher unsere Alliirten, die mehr als die preußischen Schiffe gelitten zu haben scheinen, sich geschlagen haben, als auch von der Geschicklichkeit, mit welcher ihre Marine zu manövriren versteht. Diese Ansicht wird noch durch die letzte, eben eingetroffene Nachricht bestätigt, nach welcher heute Vormittag schon wieder die österreichisch-preußische Flottille in Cuxhaven angelangt ist. Der österreichische Verlust, wie er in dem Telegramm angegeben ist, wird bestätigt. Der preußische Verlust ist noch nicht näher bekannt, wie es scheint aber unbedeutend.

Ueber die abgeschlossene Waffenruhe bemerkt das offiziöse Blatt:

Der Waffenstillstand selbst ist, wie man sieht, unter sehr günstigen Bedingungen für die deutschen Mächte abgeschlossen worden. Die Alliirten behalten ihre bisherige Position auf Jütland, während die Dänen das einzige Mittel, welches sie besaßen, um Deutschland zu schaden, die Blokade, aufzugeben gezwungen sind. Wir sehen uns also durch den Abschluß des Waffenstillstandes in dem, zwar nur provisorischen, aber doch immer durch einen völkerrechtlichen Akt anerkannten Besitz der beiden Herzogthümer und des größten Theils von Jütland, der hinreichend ist, um als Pfand für Alsen zu dienen, welches noch im dänischen Besitz bleibt, wo aber nach allen übereinstimmenden Berichten der Typhus derartige Verheerungen anrichtet, daß wir den Besitz der Insel im gegenwärtigen Augenblick kaum als eine wünschenswerthe Acquisition bezeichnen können.

Berlin, 10. Mai. (Köln. Ztg.) Es verlautet, daß die Verhandlungen über Annahme des französischen Handelsvertrags zwischen Preußen und einigen Mitgliedern des Zollvereins bereits bis nahe zum Abschluß gediehen seien.

Wien, 10. Mai. Eine gedrängte Analyse der Depesche, welche Graf Rechberg unter dem 20. April in Sachen der Zolleinigung an den Grafen Karolyi nach Berlin richtete, ist schon in die Oeffentlichkeit gekommen; gleichwohl dürfte es, zur vollständigen Würdigung des Standpunktes und der Intentionen Oesterreichs, von Interesse sein, nachträglich noch etwas eingehender auf diese Depesche zurückzugreifen. Die außerordentlich kurze Depesche, eine Rückäußerung auf einen in Wien durch den preußischen Gesandten mitgetheilten Erlaß vom 14. April beginnt mit der Anerkennung, daß der preußische „Standpunkt eine den erneuerten engbefreundeten Beziehungen ganz entsprechende Einkleidung" erfahren habe; sie konstatirt aber „mit aufrichtigem Bedauern", daß die Schlußfolgerungen, welche das preußische Kabinet aus der von den beiderseitigen Bevollmächtigten in Prag aufgenommenen Registratur gezogen, als ob Oesterreich auf die im Februarvertrag in erster Linie in Aussicht genommene Zolleinigung verzichte, weder nach den Instruktionen noch nach den in Gemäßheit derselben abgegebenen Erklärungen des österreichischen Bevollmächtigten als gerechtfertigt erachtet werden könnten. Eine gemeinsame Grundlage sei dort nicht gewonnen worden, insofern der preußische Bevollmächtigte sich ausschließlich auf den Boden der zweiten Alternative des Art. 25 des Februarvertrags (Verkehrserleichterungen und Fortbildung des genannten Vertrags) gestellt, während doch, wenn Art. 31 des französischen Handelsvertrags stehen bleibt, jener Vertrag einer für Oesterreich irgend werthvollen Fortentwicklung gar nicht fähig sei. Hr. v. Bismarck, heißt es in der Depesche dann weiter, spreche in seinem Erlaß die Hoffnung aus, Oesterreich alsbald „Namens des Zollvereins und gemeinsam mit Bayern und Sachsen" zu weiteren Verhandlungen auf der von ihm vorausgesetzten Grundlage einladen zu können. Die Depesche erklärt hiedurch peremptorisch, Oesterreich werde nur auf Grundlage der ersten Alternative des Art. 25 (Anbahnung der Zolleinigung) verhandeln. Diese Verhandlungen zu eröffnen, sei es bereit; es sei aber ebenso entschlossen, von seinem vertragsmäßigen Rechte darauf Gebrauch zu machen, und es müsse sich in dieser Beziehung alle seine vertragsmäßigen Ansprüche vorbehalten. Eine Antwort auf diese Depesche ist nicht erfolgt.

Wien, 10. Mai. Die „Wien. Abendpost" schreibt heute:

Ein Londoner Telegramm meldet die Annahme der vierwöchentlichen Waffenruhe (suspension d'armes) auf Grund des militärischen Statusquo und der Aufhebung der Blokade von Seite Dänemarks. Uns in Oesterreich ist bei dieser Nachricht allerdings eine bittere Nebenempfindung nicht erspart geblieben. Fast gleichzeitig mit den oben angedeuteten sind Nachrichten eingelaufen, die zeigen, daß die erste Waffenthat unserer Flotte nicht von Erfolg gekrönt gewesen ist. Allein es ist eben die erste Waffenthat und augenblickliche Nachtheile sollen und können uns weder unsern Muth, noch unser Vertrauen rauben. Eines zudem, und es ist darauf vom österreichischen Standpunkt Gewicht zu legen, ist klar hervorgetreten: der Angriff ist (wie der nachfolgende Bericht des Kommandanten v. Tegetthoff bestätigt) von dem österreichischen Geschwader ausgegangen, und man wird es in Deutschland nun hoffentlich wissen, was es mit den Verläumdungen über die der Flotte ertheilten Instruktionen u. s. f. auf sich hatte. Wenn der Waffenerfolg diesmal nicht auf unserer Seite war, unsere Waffenehre ist ungetrübt.

Der in Vorstehendem erwähnte telegraphische Bericht des Flottenabtheilungs-Kommandanten, Linienschiffs-Kapitäns v. Tegetthof, von Helgoland 9. d. lautet:

Ich war heute Vormittags auf dem Weg nach Cuxhaven, als mir in der Elbe die Nachricht zukam, es wären vor Helgoland drei dänische Fregatten gesehen worden. Ich kehrte um, sah die drei Schiffe Südost von Helgoland, und griff sie an. Nach 2½-stündigem Gefecht war der Fockmast der Fregatte „Schwarzenberg" in Brand gesteckt. Wir lagen gegen den Wind an; ich mußte somit abfallen, um dem Umsichgreifen des Feuers zu steuern, und machte den andern Schiffen Signale, dasselbe zu thun. Wir brachen das Gefecht ab und ankerten unter Helgoland. Auf der Fregatte „Schwarzenberg" todt: Hauptmann-Auditor Johann Kleinert und 30 Mann; schwer verwundet gegen 50 Mann, unter diesen Seekadet Gebhard Turkovics. Auf Fregatte „Radetzky" todt: Seekadet Julius Belsky und 2 Mann; verwundet 22 Mann. Arbeiten noch, um den Brand zu löschen, Fockmast muß gekappt werden. Die drei dänischen Schiffe kreuzen zwischen hier und Elbemündung. Die Dänen dürften auch bedeutend verloren haben, da sie uns nicht verfolgten.

Laut weiteren amtlichen Mittheilungen aus Hamburg — fügt die „Abendpost" bei — ist die vereinigte österreichisch-preußische Schiffsabtheilung am 10., früh 4 Uhr, bereits in Cuxhaven eingelaufen, wonach mit Gewißheit anzunehmen ist, daß sich die dänischen Schiffe ebenfalls zurückziehen mußten, um auch ihrerseits die erlittenen Havarien auszubessern.

Triest, 11. Mai. (Presse.) Morgen mit dem Frühzuge treffen 160 Matrosen mit Seeoffizieren in Wien ein, welche nordwärts gehen, als Ersatz für die bei Helgoland Gefallenen und Verwundeten.

Frankreich.

* **Paris**, 11. Mai. Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers vom 10. Mai.

Erster Redner ist Berryer. Er verwahrt sich zunächst nachdrücklich gegen den jetzt üblichen Brauch, unter dem Schutze des gegenwärtigen Systems die früheren Regierungen oder eigentlich die früheren parlamentarischen Einrichtungen des Landes anzugreifen. Er thut dies in einer von scharfen Schlaglichtern auf Gegenwart und Vergangenheit illustrirten retrospektiven Erörterung, die einen wahren Sturm hervorruft, der jedoch von dem Präsidenten durch taktvolles Einlenken beschwichtigt wird. Redner geht nach dieser stürmischen Eröffnung auf die eigentlich finanzielle Diskussion über. Der Kredit und das Wohlbefinden, das man dem heutigen System so hoch anrechne, sei die Folge der Mühen und Opfer der frühern Zeit. Er führt dies namentlich in Bezug auf den raschen Aufschwung der neuesten Eisenbahn-Bauten aus; außerdem drückt er, wie bereits früher, seine schweren Bedenken über die Aufhebung der Amortisation der Staatsschuld aus. Der Hauptkern seiner Rede ist und bleibt aber die Schilderung, welche er von der finanziellen Lage des mexikanischen Kaiserreichs entwirft. Die Zahlen, welche der berühmte Redner, gleichsam als handle es sich um die gerichtliche Klärung einer Fallitmasse, zum Vorschein brachte, legen unwiderleglich dar, daß, einfach um allen kontraktlichen Verpflichtungen nachzukommen, die von vornherein in Europa zu leistenden Zahlungen das Anlehen, auch wenn es vollständig realisirt werden kann, um einige Millionen überbieten. „Rechnen Sie zusammen — ruft Berryer aus, nachdem er alle einzelnen Posten aufgezählt, — was Maximilian, gemäß seiner Verträge und Dekrete, sofort zu zahlen verpflichtet ist, ehe er noch sein Reich betritt, ehe er nur seine Regierung einzurichten vermag, ehe er nur die nöthigen Hilfsmittel zur Begründung der Ordnung, des Friedens, der Sicherheit, dahin bringen und rings um sich Interessen schaffen kann, rechnen Sie dies aus, und Sie werden finden, daß er mit den durch Anlehen zusammengebrachten 120 Millionen 125 Millionen zu bezahlen haben wird."

Aehnlich wie in Bezug auf Mexiko, sucht Berryer auch in Bezug auf alle übrigen Kapitel der Einnahmen eine sehr pessimistische Anschauung zur Geltung zu bringen. So in Bezug auf die muthmaßliche Zunahme der indirekten Steuern für 1864, die sich nach ihm in ein Defizit verwandeln wird, auf den noch bis Oktober unverändert fortdauernden Drawback auf den Kolonialzucker. Ferner findet Berryer in der allgemeinen Beunruhigung und Unsicherheit Gründe zur Schwächung der Einnahmen. Bei dieser Gelegenheit spricht er sich über den „abscheulichen, gar nicht zu entschuldigenden, aller Resultate baaren Krieg aus, indem Deutsche, Preußen, Oesterreicher und Dänen sich todtschlagen, ohne nur entfernt zu wissen, warum" (!) Er meint, wenn die Konferenzmächte, zu welchen er in seinem heiligen Protokolleifer auch die Schweiz rechnet, von vornherein den festen Willen kundgegeben hätten, den Vertrag aufrecht zu erhalten und den König von Dänemark in seiner Souveränetät zu schützen, der Krieg gewiß nicht ausgebrochen wäre. Aber wenn auch die Feindseligkeiten jetzt eingestellt seien, so dürfe man doch noch nicht auf Beseitigung aller Gefahr rechnen. Wenn die Deutschen, nach langer Unschlüssigkeit, sich endlich einmal eine Idee fest in den Kopf gesetzt, so halte es sehr schwer, sie ihnen wieder heraus zu bringen. Wenn auch der Friede wirklich zu Stande komme, so würde doch die durch den gegenwärtigen Zustand hervorgerufene Störung noch über das gegenwärtige Trimester hinaus nachtheilig auf die französischen Staatseinnahmen wirken.

Endlich bringt Berryer zur Charakterisirung der Lage noch andere Verhältnisse zur Sprache, welche gerade für die nächste Zukunft weder dem Kredit des Staates, noch dem Kredit im Allgemeinen rosige Aussichten eröffnen. Zunächst die Masse von sogen. Trentenaires-Obligationen, die mit 3 Proz. zum Kurse von 300 emittirt und zu 500 verzinst und rückbezahlt werden; dabei der Diskonto auf 8 Proz., der Baarvorrath der Bank auf nur 240 Millionen, während gerade jetzt die Zeit herannaht, in der für Ankauf von Rohseide und Rohbaumwolle 80 bis 100 Mill. baar aus dem Lande wandern müssen. Darum schätzt sich Berryer glücklich, am Tage vorher aus dem Munde des Regierungskommissärs so friedfertige Versicherungen vernommen zu haben. Ein Krieg wäre der Ruin für alle Unternehmungen und alle Einkünfte, die auf industrielle Werthpapiere gebaut seien. Zu was auch Krieg! An Ruhm fehle es Frankreich nicht, es habe dessen zu allen Zeiten in überreicher Fülle genossen. Der Friede aber hänge einzig von Frankreich ab. Niemand denke daran, Frankreich anzugreifen, oder es auch nur zu bedrohen. Man könne deßhalb, ohne irgend eine Gefahr zu laufen, die Armee auf 350,000 Mann im Frieden reduziren wovon 100,000 Mann für Algerien, die Kolonien und Rom, und 250,000 Mann für den Dienst im Innern selbst ausreichen würden. Man werde dadurch 50,000 Mann, d. h. 50 Mill. im Kriegsbudget sparen. Dagegen sei eine Reduktion in der Marine nicht wohl thunlich. Die Marine sei der Punkt, auf welchen sich sein eifersüchtiger Blick wende, so wie er die Situation des Nachbarvolkes in Betracht ziehe.

Die Schlußfolgerung des Redners geht dahin, daß Angesichts so vieler, wenn gerade nicht chimärischer, aber doch wenigstens unsicherer Einnahmequellen man von der Regierung Verminderung gewisser Kredite verlangen und erwarten müsse. „Ich halte ein — schließt Berryer seine mit großem Beifall aufgenommene Rede — indem ich für mein Land drei Wünsche ausspreche, die in meinem Herzen sind und in dem Herzen jedes guten Franzosen sein sollen: „Frieden, Ordnung in den Finanzen und Freiheit!" (Schluß folgt.)

Großbritannien.

London, 10. Mai. Parlamentsverhandlungen vom 9. Mai.

Oberhaussitzung. Der Earl v. Carnarvon, welcher angekündigt hat, daß er die Aufmerksamkeit des Hauses auf den gegenwärtigen Stand der dänischen Frage lenken werde, sagt: Als ich die Anzeige machte, that ich es in dem Glauben, daß die damals tagende Konferenz thatsächlich zu Ende sei. Seitdem habe ich gehört, es sei an einem andern Ort (Unterhaus) erklärt worden, daß die Konferenz noch sitze und ein Waffenstillstand von allen Seiten genehmigt worden sei. Wenn dieses Gerücht wahr ist, so will ich meinen für heute Abend

angekündigten Antrag zurückziehen. Es wird mich freuen, von dem auf der andern Seite des Hauses sitzenden edlen Earl zu hören, unter welchen Umständen und unter welchen Bedingungen der Waffenstillstand zu Stande gekommen ist. Earl Russell, der sehr schwer zu verstehen ist, sagt ungefähr Folgendes: Mit großer Befriedigung kann ich anzeigen, daß die Konferenz heute in die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Preußen und Oesterreich einerseits und Dänemark anderseits gewilligt hat. Die Bedingungen, unter welchen die Einstellung der Feindseligkeiten beschlossen worden ist, beruhen auf der Grundlage des uti possidetis. Jede Macht behält ihre Stellung zu Land wie zur See. Die Blokade wird aufgehoben und die Waffenruhe soll einen Monat dauern. Die Konferenz tritt am Donnerstag wieder zusammen, um weitere Schritte zu thun. Earl v. Donoughmore: Wird Jütland nicht geräumt werden? Earl Russell: Es handelte sich um eine Waffenruhe und um einen Waffenstillstand. Die verbündeten Mächte willigten in einen auf der Konferenz gemachten Vorschlag, welchem zufolge Jütland von den Deutschen und Alsen von den Dänen geräumt worden wäre. Allein die dänische Regierung hat eine einfache Einstellung der Feindseligkeiten auf einen Monat vorgezogen. Earl v. Carnarvon: Ich werde meinen Antrag vertagen, aber nicht unbedingt zurückziehen. Ich kann nicht sagen, daß die Erklärung des edlen Lords mich vollständig befriedigt hat. Offen gestanden, bin ich nicht kühn genug, große Resultate von der Konferenz zu erwarten. Ich will durchaus nichts sagen, was der Regierung Ihrer Majestät Verlegenheiten bereiten könnte, kann jedoch nicht umhin, zu erklären, daß mir die Aussage des edlen Earl keine besondere Befriedigung gewährt hat. Der Waffenstillstand scheint mir der einseitigste zu sein, von dem ich je gehört habe, und viel vortheilhafter für Deutschland, als für Dänemark. Davon bin ich überzeugt, daß Dänemark durch die Annahme dieser Bedingungen und durch die von ihm bewiesene Mäßigung sich einen eben so großen Anspruch auf die Sympathie Europa's erworben hat, wie durch den während des ganzen Krieges bewiesenen Heldenmuth. Earl Russell: Wie ich bereits gesagt habe, waren die Bedingungen des Waffenstillstandes die, daß Jütland und Alsen geräumt werden und eine vollständige Einstellung der Blokade stattfinden sollte. Dänemark zog jedoch auf eigene Hand die einfache Einstellung der Feindseligkeiten vor. Ich kann nicht sagen, daß es meiner Ansicht nach Unrecht daran gehabt hat. Der edle Earl sagt, er hege nur sehr mäßige Erwartungen in Bezug auf das Ergebniß der Konferenz. Ich will mit ihm darüber nicht rechten; aber ich wundere mich nicht darüber, daß die Konferenz, welche am 25. Apr. zusammentrat, in noch nicht vierzehn Tagen zu einem Schlusse in Fragen gelangt ist, die in den letzten vierzehn Jahren so große Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben. Der Earl v. Ellenborough fragt, wannn die Waffenruhe eintreten werde. Earl Russell: Am 12. d. M. Earl Granville zeigt an, daß die Pfingstferien vom 14. bis 23. d. M. dauern werden.

Lord Stratheden and Campbell lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die polnische Frage und beantragt eine Resolution, laut welcher Rußland wegen Vertragsbruches die Souveränetät über Polen verwirkt hat. Earl Russell glaubt, daß das Ansehen des Hauses durch Annahme der Resolution eher eine Einbuße erleiden, als einen Zuwachs erhalten werde. Er sei der Meinung, daß der Kaiser von Rußland sich in ruhigen Zeiten noch immer durch die vertragsmäßigen Bedingungen gebunden halten werde, und daß es nicht rathsam für die englische Regierung sein würde, wenn sie sich von den Bestimmungen des Vertrags lossagte. Der Antrag wird hierauf zurückgezogen.

Unterhaussitzung. Griffith wünscht Auskunft über die Bedingungen des Waffenstillstandes. Sir G. Grey erklärt sich außer Stande, die verlangte Auskunft zu geben, hofft jedoch, es bald thun zu können. Auf eine Frage Osborne's in Betreff des Seegefechtes bei Helgoland antwortet Sir G. Grey: Es ist heute Nachmittag um 4 Uhr folgendes Telegramm des Gouverneurs von Helgoland eingetroffen: „2 Uhr Nachmittags. Ein aus 2 Fregatten und 3 Kanonenbooten bestehendes österreichisches Geschwader ist augenblicklich 6 [englische] Meilen östlich von Helgoland mit einem aus 2 Fregatten und 1 Korvette bestehenden dänischen Geschwader im Kampfe begriffen. Resultat später." Hinterher ist noch folgendes Telegramm des Gouverneurs eingetroffen: „4 Uhr Nachmittags. Die Dänen haben die Schlacht gewonnen. (Lauter und anhaltender Beifall.) Eine österreichische Fregatte steht in Flammen, und sie, sowie die andere österreichische Fregatte und die Kanonenboote segeln nach Helgoland. Sie sind beinahe in englischen Gewässern. Die Aurora ist hier." (Lauter Beifall.) Disraeli: Wie ich höre, sind die Bedingungen des Waffenstillstandes an einem andern Orte [Oberhaus] mitgetheilt worden. Es scheint mir, daß man gegen das Haus der Gemeinen nicht mit der gebührenden Rücksicht verfährt, wenn man an einem andern Orte über eine so wichtige Sache wie ein Waffenstillstand besser unterrichtet ist, und wenn uns die Regierung sagt, daß sie keine Mittheilung zu machen habe. In Zukunft werden wir hoffentlich von so wichtigen Dingen eben so schnell wie das andere Haus in Kenntniß gesetzt werden, und vielleicht ist die Regierung jetzt im Stande, uns zu sagen, was die Bedingungen des Waffenstillstandes sind. Sir G. Grey: Alles, was ich selbst wußte, habe ich mitgetheilt. Ich sagte, ein Waffenstillstand oder vielmehr eine Einstellung der Feindseligkeiten, was am Ende auf dasselbe hinausläuft, sei vereinbart worden. Das war Alles, was ich damals wußte. Auf eine Frage Osborne's, ob Sir G. Grey die Bedingungen jetzt kenne, antwortet Letzterer verneinend.

* **London**, 10. Mai. Der Jubel, von dem gestern das Haus der Gemeinen widerhallte, als die Nachricht von dem Seegefecht bei Helgoland ankam, findet heute in allen Blättern sein Echo. Der „Herald" sagt, ein Fremder, der draußen vor dem Parlamentssaale stand, hätte glauben können, daß ein Nelson'scher Seesieg so eben gemeldet werde, so laut habe der Freudenruf des Hauses gedonnert. In der That habe England Grund zu frohlocken, denn die Ostsee sei nun den österreichischen Kriegsschiffen sicherer als durch Russell'sche Noten verriegelt. — Auch die „Times" ist glücklich, daß der schwächere Theil wenigstens auf dem Meer einen Triumph davongetragen habe; doch wünscht sie, daß der Sieg den Dänen nicht etwa zu Kopfe steige und sie in der Konferenz allzu widerspänstig mache. — Noch glücklicher ist die „Times" über den Abschluß des Waffenstillstandes, denn dieser Erfolg habe ein Ministerium, das jedes Gerücht zu stürzen drohte, wieder befestigt und die Tories auf's Haupt geschlagen, die jetzt sich auf eine ereignißlose Session gefaßt machen und sobald sie wollten, die Freuden des Landlebens aufsuchen könnten. — Die „Post" freut sich der Waffenruhe, und freut sich auch, daß sie nur auf 4 Wochen geschlossen worden. Diese Frist reiche vollkommen zu einer diplomatischen Erledigung der Streitfragen aus. Wenn die Lösung bis dahin nicht gelinge, müsse die Konferenz in Gottes Namen auseinandergehen. Allein sie sehe kaum ein anderes Ende voraus; denn die Lösung, die von Oesterreich und Preußen auf's Tapet gebracht werden würde, dürfte kaum im Prinzip mit dem, vergeblich von ihnen anerkannten Vertrag von 1852 harmoniren.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 11. Mai. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Wir lassen in Folgendem den Schluß der heutigen Diskussion über den vom Abg. Lamey erstatteten Bericht über die, die allgemeine Wehrpflicht betreffenden Petitionen folgen. Den Hauptinhalt des Berichts finden unsere Leser in der Beilage dieses Blattes.

Abg. Schaaff stimmt mit der Kommission und gegen den Antrag des Abg. Kopfer. Die Sache ist zu wichtig und es herrschen viel zu unbestimmte Richtungen und Ansichten darüber, als daß man jetzt die Regierung durch eine Ueberweisung der Petitionen nur in der unbestimmten Richtung der allgemeinen Wehrpflicht, bei der Jeder an ein anderes System denkt, drängen sollte.

Abg. Moll ist, obwohl Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht, doch vom allgemeinen Standpunkt aus mit den Ausführungen und den Anträgen der Kommission einverstanden.

Redner bespricht hierauf die Vortheile des allgemeinen Wehrsystems.

Bei dem Bunde ist in der gegenwärtigen Lage in dieser Frage nichts zu erreichen; deßhalb ist der Kommissionsantrag, der sich mit dem Prinzip einverstanden erklärt, dagegen auf eine günstigere Zeit zur Ausführung verweist, zu empfehlen.

Abg. Gerwig würde gern den Antrag des Abg. Kopfer unterstützen, da er mit der Sache selbst einverstanden sei; aber die Zeit scheine ihm noch nicht gekommen zu sein, um die Sache ins Leben zu rufen. Die Frage werde jedoch wohl nicht auf allzu lange Zeit vertagt sein.

Nothwendig sei jedenfalls eine Aenderung des Konskriptionsgesetzes.

Staatsrath Lamey: Alle sind einverstanden über die Richtigkeit des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht, aber nicht über das System der Ausführung.

Was die verschiedenen Systeme betrifft, so ist das der Schweiz für uns durchaus unanwendbar. Wir können uns nicht blos auf die Defensive beschränken, wir müssen ein kriegstüchtiges Heer haben, das einen vollständigen Krieg führen und unter Umständen auch aggressiv wirken kann, denn die bloße Vertheidigung unterliegt schließlich. Es muß daher von vornherein jedes System abgewiesen werden, welches nicht die kriegerische Heertüchtigkeit erhält. Dabei kommt auch nicht der Geldpunkt in Betracht. Wir müssen so viel Heerkraft erhalten, als nöthig ist, um unsere nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegen Jedermann zu vertheidigen.

Redner geht nun zu einer Besprechung einzelner, in der Debatte aufgestellter Behauptungen über. Die Mängel des Konskriptionssystems halte er für nicht so bedeutend, als man sie dargestellt habe.

Das Einstandswesen hat vom volkswirthschaftlichen Standpunkt auch seine Vortheile: man muß bedenken, daß unter den bei der allgemeinen Wehrpflicht Betroffenen auch solche sind, bei denen das Opfer an Zeit und Kräften viel mehr zu bedeuten hat, als bei den Einstehern.

Etwas besonders Ungerechtes finde er auch nicht in der Auswahl durch das Loos; diese Auswahl findet auch in anderen Verhältnissen, z. B. beim Geschwornen, statt.

Der einzige Grund dagegen ist, daß man dem Mann einen schweren Dienst aufbürdet, ohne ihm eine entsprechende Löhnung zu geben. Alles habe eben seine zwei Seiten.

Auf die Jugendwehren und das Turnen sei auch nicht allzu großes Gewicht zu legen. Uebrigens sei die Regierung im Prinzip für das System der allgemeinen Dienstpflicht.

Abg. v. Feder ist der Meinung, daß man eine Form finden sollte, um nicht über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen, worunter man eben verstehe, daß die Frage ad acta gelegt werde. Ueber eine so weit greifende Frage sollten wir nicht so hinweggehen; er unterstütze deßhalb den Antrag des Abg. Kopfer, in dem er kein Drängen der Regierung sehe.

Abg. Kirsner will nur seine Abstimmung motiviren. In einem deutschen Parlament würde er für Verweisung dieser wichtigen Frage in die Abtheilungen sein; wie die Dinge jetzt stehen, sei die motivirte Tagesordnung das Entsprechende. Im Prinzip sei er für die allgemeine Wehrpflicht, aber nach dem preußischen Scharnhorst'schen System. Die schweizerische Einrichtung scheine ihm für Deutschland nicht zweckmäßig zu sein.

Abg. Knies und Staatsrath Lamey erwiedern auf einzelne Bemerkungen.

Abg. Häusser: Die Petitionen gehen aus verschiedenen Motiven hervor: zunächst aus dem bescheidenen Wunsch nach Verbesserung der Unbilligkeiten des Konskriptionsgesetzes.

Ein weiteres Motiv ist aber kein so bescheidenes. Ein Offenburger Flugblatt schlägt eine vollständige Umwandlung unseres Militärsystems im Sinn des Schweizersystems vor, namentlich wegen der Wohlfeilheit. Aber die bekannte Rechnung mit den 45 kr. Kosten in der Schweiz und 45 fl. bei uns ist nicht ehrlich und nicht politisch. Das Schweizersystem leistet, was bescheidene Mittel leisten können; es hat sich bis jetzt blos gegen Schweizer gezeigt; bei der Annexion Savoyens, der französischen Einwirkung auf Genf 2c. haben sich die Schweizer zurückgezogen. Daß dieses System für uns nicht paßt — er schäme sich fast, es zu sagen, weil aber so oft und so dreist das Gegentheil behauptet wurde, müsse er es wiederholen: — darüber könne kein Zweifel sein.

Etwas Anderes ist die allgemeine Wehrpflicht im großen, strengen, opferreichen Sinn; diese ist für die Zukunft Deutschlands eine unerläßliche Forderung.

Er verstehe unter allgemeiner Wehrpflicht die von Scharnhorst beabsichtigte, die statt eines geworbenen Soldaten einen nationalen, vollkommen technisch gebildeten will.

Ueber die einzelnen Modalitäten läßt sich streiten — an der preußischen Wehrverfassung ist vielfach gerüttelt worden.

Dieses System hat für sich, daß es die Masse der Kämpfer vermehrt, daß es eine Gleichheit des Volks hervorruft, daß es die ganze Nation in die Schule der Disziplin, des Gesetzes hereinzieht, die Ausbildung aller männlichen Eigenschaften, der Geistesgegenwart, der Ruhe, des Selbstbewußtseins befördert.

Dies Scharnhorst'sche System hat seine schweren Lasten, aber wir sind auch in einem Moment, wo viel dringender auf die Stärkung der allgemeinen Heerkraft, als auf deren Schwächung hingearbeitet werden muß.

Die gegenwärtige politische Lage ist ganz dazu angethan, diesen Gedanken recht eindringlich zu veranschaulichen.

Die Ausführung der Allianz Deutschlands mit England, die man als etwas Naturgemäßes zu betrachten gewohnt war, ist für jetzt unmöglich geworden.

Die brittische Nation hat Deutschland in seinem innersten Herzen getroffen; es wird lange Zeit dauern, ehe die bittere Feindseligkeit Englands in Deutschland vergessen ist.

Die englische Politik hat es in ihrer Verblendung dahin gebracht, einen Lieblingswunsch Frankreichs zu realisiren, England und Deutschland zu trennen.

Genug, wir müssen uns gefaßt machen, eine große Krisis für uns allein, auf uns selbst angewiesen, zu bestehen.

Nicht mit Schützenfesten und Reden, sondern mit Blut und Eisen wird das Ziel der deutschen Zukunft erreicht.

Wer dies Ziel will, muß auch die Mittel wollen.

Deßhalb wolle er eine starke, ungeschwächte Militärkraft Deutschlands.

Wir sind dem Volk Wahrheit schuldig, wir dürfen ihm nicht verhehlen, daß dieses System zwar viel mehr Opfer erfordere, aber das einzige ist, das Deutschlands Wohl befördern kann.

In diesem Sinn bekenne er sich als ein warmer Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht; in ihr sehe er das beste, ja einzige Mittel, um Deutschland dereinst zur gebührenden Macht und Größe zu verhelfen.

Abg. Kopfer bemerkt, er wolle durch seinen Antrag die Regierung nicht drängen.

Abg. Schaaff macht einige persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Roggenbach: Das Maß unserer militärischen Leistungen habe seine bestimmte Grundlage, die Machtverhältnisse Europa's und das Verhältniß der Staaten zu einander.

Deutschland muß seine Leistungen auf ein Maß berechnen, das absieht von der Mangelhaftigkeit seiner politischen Institutionen.

Die Schwäche der politischen Organisation ist vielmehr gerade ein Motiv mehr, auf die Stärkung unserer Wehrkraft zu sehen; es darf hier keine Beschränkung eintreten; unter keinen Umständen darf Das, was für die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands nothwendig ist, einen Abbruch erleiden.

Er sei ein Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht; er glaube, daß sie eingeführt werden wird und muß. Freilich wird dabei gefragt werden müssen, wie weit nicht durch Beseitigung einzelner Verhältnisse, die in andern deutschen Staaten z. B. durch dreijährige Dienstzeit die Kosten unverhältnißmäßig hinaufschrauben, diese letzteren vermindert werden können.

Was die Petitionen betrifft, so sei er mit dem Kommissionsantrag einverstanden; die Frage wird als eine offene der großh. Regierung übergeben und die letztere wird nach Opportunität handeln.

Es wird die fortwährende Aufgabe der Regierung und des Hauses sein, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ohne allzu große Steigerung des finanziellen Aufwandes zu erstreben.

Abg. Krausmann erklärt, daß die Bürgerschaft Heidelbergs keinen Theil habe an der vom Abg. Häusser angeführten, mit dem Flugblatt einverstandenen Petition.

Die Diskussion wird geschlossen; der Berichterstatter Lamey (Pforzheim) vertheidigt nochmals den Kommissionsantrag, der bei der hierauf folgenden Abstimmung mit Verwerfung des Antrags des Abg. Kopfer angenommen wird.

Schluß der Sitzung.

---

* Zu unserm Bericht in der vorigen Nummer der „Karlsr. Ztg." bemerken wir, daß Abg. Knies nicht sagte: nach Durchführung des allgemeinen Wehrpflicht-Systems könnten die nothwendigen Cadres viel kleiner sein, als sie jetzt sind — sondern daß der Truppenbestand der Cadres in Friedenszeit viel kleiner sein kann, als der Bestand des jetzigen stehenden Heeres.

Baden.

— Mannheim, 12. Mai. (Mannh. J.) Die feierliche Enthüllung des Iffland-Denkmals wird in der ersten Woche des nächsten Monats stattfinden.

Vermischte Nachrichten.

— Die ständige Gewerbeausstellung in Karlsruhe, deren Gründung in hiesigen Kreisen so vielfach besprochen wird, ist schon vor ihrer Entstehung in sehr nachahmungswerther Weise bedacht worden. Von dem badischen Gesandten in Paris, Frhrn. v. Schweizer, ist nämlich dieser Tage ein Prachtwerk, eine Sammlung von Zeichnungen kirchlicher und bürgerlicher Geräthschaften nach den besten Mustern des Mittelalters und der Renaissance enthaltend, als ein Geschenk für die zu bildende Bibliothek der künftigen Anstalt eingesendet worden. Da diese Bibliothek einmal den Gewerbtreibenden des ganzen Landes, wie wir hören, zugänglich sein soll, so ist nur zu wünschen, daß das gute Beispiel zahlreiche Nachahmung finde.

— Berlin, 9. Mai. (Die Mörder Grégy's.) Wie der amtliche Polizeibericht mittheilt, hat, nachdem zunächst die unverehelichte Fischer und dann die Wittwe Quinche ein Geständniß in Betreff des an dem Professor Grégy verübten Mordes abgelegt hatten, sich nunmehr auch der 24 Jahre alte Louis Grothe, Sohn der Wittwe Quinche, vollständig dazu bekannt, den Mord verübt zu haben.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

11. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,50'''	+10,2	N.O.	ganz bew.	trüb, kühl
Mittags 2 „	„ 9,13'''	+15,0	„	stark „	„ mild
Nachts 9 „	„ 9,02''	+11,5	„	„ „	„ kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 13. Mai. 2. Quartal. 66. Abonnementsvorstellung. **Die Dame von Avenel**; Oper in 3 Akten, von Boyeldieu.

Montag 16. Mai. 2. Quartal. 67. Abonnementsvorstellung. **Die Hugenotten**; große Oper mit Tanz in 5 Akten, von Meyerbeer.

HÔTEL & PENSION HELVETIA.

Z.h.857. Kreuzlingen. Unterzeichneter empfiehlt seinen neu auf das bequemste eingerichteten Gasthof in Kreuzlingen (Schweiz) dem geehrten reisenden Publikum unter Zusicherung der billigsten und aufmerksamsten Bedienung. Der Pensionspreis mit Frühstück, Mittagessen und Wohnung beträgt pr. Woche für die Person Frs. 20. Zimmer, auf das eleganteste eingerichtet, werden sowohl für einzelne Reisende, als auch für ganze Familien zu den billigsten Tagespreisen abgegeben. Die Lage dieses Etablissements, die die **reizendste Aussicht** in das **Högau**, auf die Umgebung des **Bodensees** und die **Alpen** bietet; die neu eingerichtete, zum Gasthof gehörige **Seebadanstalt**, die nächste Nähe des **Bahnhofes Konstanz**, der schöne **Park** mit **Gartenwirthschaft**, und die Gelegenheit, jeden Morgen **frische**, von einem **Appenzeller Sennen** bereitete **Molken** trinken zu können, berechtigen mich zu der Hoffnung zahlreichen Besuches.

Der Besitzer: S. Sauter.

Z.h.882. Ueberlingen. Am 5. dieses ist mein lieber Bruder, Forstpraktikant Ferdinand Dreyer, nach kurzer Krankheit zu Zell am Harmersbach gestorben. Indem ich seinen Freunden und Bekannten hievon auf diesem Wege Nachricht gebe, bitte ich um stille Theilnahme.

Ueberlingen, den 10. Mai 1864.

Vorm. Oberamtmann Dreyer.

Commis-Gesuch. Z.h.885. In einer Spezerei- und Eisenhandlung wird ein angehender Commis gesucht. Der Eintritt kann sogleich geschehen. Franko Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 885.

Z.h.886. Karlsruhe.

Apotheker-Gehilfenstelle.

Wir haben auf 1. Juni oder auch zum sofortigen Eintritt in einer Universitätsstadt Badens eine gute Gehilfenstelle nachzuweisen.

Gebrüder Jost in **Karlsruhe.**

Z.h.876. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt frisch angekommenen vorzüglichen **Grünen Kräuterkäs** (Schabzieger), frischen **Tafel-Edamer Käs**, **Fromage de Brie, de Neufchâtel** (Bondons), **de Rocquefort, Münsterkäs** in Schachteln, alten **Parmesan-**, vorzüglichen **Chester-, feinsten Emmenthaler** (Schweizer-), besten **Limburger** (Backstein-) und Rahm-Käs 2c. 2c.

Z.h.576. Frankfurt a. M. Die große **Geldverloosung** 1r Klasse der 146ten **Frankfurter Stadtlotterie** findet statt am **25. und 26. Mai.**

Loose hiezu kosten 1/1 **6 fl.**, 1/2 **3 fl.**, 1/4 **1 fl. 30 kr.** und 1/8 **45 kr.**

bei ***Joh. Ph. Daum***, große Friedbergerstraße 14 in ***Frankfurt a. M.***

Höchster Gewinn **200,000** fl. 1 Prämie **100,000** fl., 1 Preis von **100,000** fl., 1 von **50,000** fl., 1 von **30,000** fl., 1 von **20,000** fl., 1 von **15,000** fl., 1 von **10,000** fl., 2 von **5000** fl., 4 von **4000** fl., 8 von **2000** fl., 110 von **1000** fl.

Landhaus-Versteigerung.

Z.h.615. Nachdem das ehemals Dr. Seceauceroth'sche Landhaus bei Erlenbad, Station Achern, bestehend in einem Wohnhaus nach Schweizer Art, mit Balkon, Nebenhaus mit Scheuer und Stallung, Obst- und Gemüsegarten, ein geschlossenes Ganzes bildend, an der am Montag den 18. April stattgehabten Versteigerung den Anschlag von 7000 Gulden nicht erreicht hat, so wird eine zweite und letzte Versteigerung auf Montag den 23. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Hause selbst anberaumt; auch kann dieses Anwesen aus der Hand gekauft werden.

Auskunft ertheilt Madame **Seceauceroth** im Hause selbst, wie auch Herr **Karl Hund,** Kaufmann in **Achern.**

Kaufgesuch.

Z.h.781. Der alleinige Verkauf einer größeren Kunstmühle wird zu übernehmen gesucht in einer guten Gegend am Rhein. Franko-Offerten, Nr. 779 bezeichnet, beliebe man an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Rothgerberei-Verkauf.

Z.h.823. Eine rentable und guteingerichtete, mit hinlänglicher Wasserkraft versehene **Rothgerberei- und Oekonomie-Einrichtung** ist wegen Geschäftsveränderung unter annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen.

Dieses Geschäft wird durch mechanische Einrichtung betrieben, und können hinsichtlich der vortheilhaftesten Einrichtung und guter Wasserkraft noch andere Maschinerien angebracht werden, und liegt in einer der besten Lagen im Seekreis Badens, wo der Lederverkauf en detail sehr gut und bezüglich der Einrichtung weniger Konkurrenz zu befürchten ist.

Nähere Auskunft ertheilt hierüber die Expedition dieses Blattes.

Z.h.800. **Kirchheim u. T.**

Der **Wollmarkt**, bekannt als der größte der süddeutschen Märkte, wird Dienstag den 21. Juni d. J. und den darauf folgenden 5 Tagen in hiesiger geräumiger und bestens eingerichteter Wollhalle abgehalten.

Die Herren Käufer und Verkäufer werden hiezu freundlich eingeladen, und bemerkt, daß für wohlfeile Spedition der Wolle von und zu der Eisenbahn, für gute Lagerung derselben am hiesigen Platze, und für gute Bewirthung der Gäste die bestmögliche Sorge getragen ist.

Plätze-Bestellungen wollen bei der Markt-Direktion gemacht werden.

Den 6. Mai 1864.

Gemeinderath.
Vorstand Heim.

Wissenschaftliche Bildungsanstalt Salon bei Ludwigsburg.

Z.h.889. Der Sommerkurs beginnt am Mittwoch den 18. Mai. Eintrittstag für bisherige und neu angemeldete Zöglinge der 17. Mai. Solche, die erst während des Kurses eintreten können, finden möglichste Berücksichtigung und Nachhilfe nach ihren besondern Bedürfnissen. In den letzten Jahren haben mehrere Zöglinge sowohl das Maturitätsexamen als die Prüfungen zur Aufnahme in die oberen und obersten Klassen des Lyceums in Karlsruhe nach verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit mit gutem Erfolg bestanden. Zu näherer Auskunft sind erbötig die Herren Amtsarzt Dr. Saur und Rechnungskommissär Uibel in Billingen, Pfarrer Crecelius in Schriesheim, Pfarrer Hagenmayer in Bödigheim, sowie der Vorstand der Anstalt **W. Paulus.**

Z.h.827. Karlsruhe. Indem der Unterzeichnete zur öffentlichen Kenntniß bringt, daß er sein Comptoir aus Nr. 20 des Innern Zirkels

in Nr. 30 der Karl-Friedrichs-Straße (Eintracht)

verlegt hat, empfiehlt sich derselbe zu jeder Art Bankgeschäften, als:

Ein- und Verkauf von Werthpapieren und Wechseln,
Inkasso und Diskonto,
Eröffnung von Conto Correnten,
Vorschuß auf Staatspapiere,
Tratten und Kreditbriefe auf alle Bankplätze,
Zahlung aller Sorten Zinsabschnitte.

Gustav Schmieder.

Z.h.835.

Die Molkenkur-Anstalt Beuron

in Hohenzollern

wird am **16. Mai** wieder eröffnet. **Zudrelli.**

Z.h.718.

Villa Maienberg in Herrenalb.

Pension für einzelne Personen oder ganze Familien, welche einen **reizenden Landaufenthalt** suchen. Kranke ausgeschlossen.

Wohnungen angenehm. **Küche** vorzüglich. Eröffnung 15. Mai.

Anmeldungen bei dem

Gutsverwalter
Schultheiß **Beutter.**

Z.h.863. Lahr.

Verkaufsanzeige.

In Folge unseres Wegzuges bieten wir nachstehend verzeichnete Gegenstände zu ganz niedrigen Preisen an:

Eine größere Parthie neue Webstühle, Jacquardmaschinen und Jacquardeinrichtungen,
eine Zwirnmaschine,
zwei Spulmaschinen,
zwei Zettelrahmen,
ein Galanter,
eine Presse mit eiserner Spindel, nebst Preßspänen und Zugehör zum Warmpressen,
eine Brückenwaage,
eine Appretirmaschine,
eine Waschmaschine,
zwei Streckstühle zum Aufrollen der Waare,
Küpen, Kessel und sonstige Geräthschaften.

Liebhaber belieben sich baldigst direkt an uns zu wenden, indem unser Wegzug noch in diesem Monat stattfindet.

Lahr, den 10. Mai 1864.

Gebrüder Zürcher.

Z.h.879. Rastatt.

Oeffentliche Versteigerung.

Donnerstag den 19. Mai 1864, Vormittags 9 Uhr, werden in der Bastion 12 mit Bewilligung des h. Festungs-Gouvernements d. d. Mainz 7. April 1864, Ab. 3, Nr. 266—304, nachstehende Sorten im Licitations- oder im Offertwege gegen gleich baare Bezahlung versteigert:

342 Stück Kochkessel } von starkem Eisenblech,
342 „ Kasserole }
128 „ Kesselkreuze,
128 „ Kesseltraggurten,
244 „ große blecherne Feldflaschen.

Diese Sorten werden entweder im Ganzen oder in kleineren Parthien veräußert werden, je nachdem entweder auf die eine oder andere Weise ein größeres Angebot erzielt wird.

Die bezüglichen Offerte sind bis zum 18. d. Mts., 10 Uhr Vormittags, an die Proviantur des obigen Bataillons abzugeben.

Vom 13. d. Mts. angefangen, können diese Sorten von 8 bis 11 Uhr Vormittags und von 2 bis 4 Uhr Nachmittags in der Bastion 12 in Augenschein genommen werden.

Rastatt, am 11. Mai 1864.

von Eckhardt m/p,
k. k. Major.

Z.h.883. St. Blasien.

Soumissionsvergebung.

Die an den Staatsgebäuden des Domänenverwaltungsbezirks St. Blasien genehmigten Bauarbeiten sollen im Soumissionswege in Akkord vergeben werden, als:

1) St. Blasien
   a. Zinkdeckerarbeit auf der Kirche mit 408 fl. 47 kr.
   b. Schindeldeckerarbeit auf der Gottesackerkapelle . . . . . 77 fl. 6 kr.
   c. Pflästererarbeit auf der Meierei Glashof . . . . . 50 fl. 58 kr.
2) Todtmoos
   a. Steinhauerarbeit bei der Kirche mit . . . . . 138 fl. 58 kr.
   b. Zimmerarbeit beim Pfarrhaus . 105 fl. 7 kr.
   c. Schindeldeckerarbeit beim Pfarrhaus . . . . . 221 fl. 5 kr.
3) Urberg
   Schindeldeckerarbeit beim Pfarrhaus mit . . . . . 50 fl. 16 kr.

Die betreffenden Handwerksmeister werden eingeladen, die hierüber aufgestellten Kostenanschläge auf diesseitigem Geschäftszimmer einzusehen, und ihre schriftlichen Angebote längstens bis 20. Mai d. J., an welchem Tage, und zwar Vormittags 10 Uhr, die Vergebung stattfindet, anher einzureichen.

St. Blasien, den 10. Mai 1864.

Großh. Domänenverwaltung.
Feederle.

Z.g.823. Nr. 8211. Karlsruhe. (Aufforderung.) Schreinergesell Franz Kienz aus Pforz, Königreich Bayern, soll in einer Untersuchung als Zeuge einvernommen werden. Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen 14 Tagen behufs seiner Einvernahme bei diesseitiger Gerichtsstelle einzufinden.

Karlsruhe, den 7. Mai 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
A. Wagner.

Z.g.821. Nr. 5248. Lahr. (Aufforderung und Fahndung.) Der ledige Thomas Rauber aus Hundsbach, 38 Jahre alt, 5' 4" groß, mittlerer Statur, von gesundem Aussehen; Haare und Augenbrauen, blond; Stirne, hoch; Augen, braun; Nase und Mund mittlerer Größe, ist der Unzucht mit einem Kinde angeschuldigt und wird hiermit zur Fahndung ausgeschrieben. Zugleich wird derselbe aufgefordert, sich binnen 3 Wochen dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach dem Ergebniß der Untersuchung gefällt wird. Lahr, den 11. Mai 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Beck.

Z.g.816. Nr. 5889. Säckingen. (Aufforderung und Fahndung.) Benedikt Seiler von Niederhof, Soldat beim II. Infanterieregiment, hat sich unerlaubt entfernt, und ist sein Aufenthalt unbekannt. Derselbe wird hiemit aufgefordert, sich

binnen 4 Wochen

dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er des Staats- und Gemeindebürgerrechts für verlustig erklärt, und wegen Desertion in die gesetzliche Vermögensstrafe verfällt würde. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt, und dessen etwaigen Schuldnern aufgegeben, bei Vermeidung doppelter Zahlung bis auf weitere diesseitige Verfügung an Niemand Zahlung zu leisten. Auch wird um Fahndung auf Seiler und gefängliche Ablieferung desselben auf Betreten nachgesucht.

Säckingen, den 6. Mai 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Sachs.

Z.g.822. Nr. 5004. Breisach. (Erledigte Aktuarsstelle.) Die Verwaltungs-Aktuarsstelle bei diesseitigem Amte, mit einem Gehalt von 400 fl., nebst Accidenzien, ist erledigt und kann sogleich angetreten werden. Lusttragende wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse an den Unterzeichneten wenden.

Breisach, den 10. Mai 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.

Frankfurt, 11. Mai 1864. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93⅞ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102⅜ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	— —	„	4½% do.	102⅛ P.
„	5% do. 1859 „ „	78⅞ b.G.	„	4% do.	99⅝ P.
„	5% Lomb. i. S. b.R.	91 G.	„	3½% do.	92¾ P.
„	5% Venet.C. b.R. 6/7	82⅝ G.	Krhess.	4% Obl.Rthlr.à105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68 bez. G.	Brschw	3½% O. b. R. à105	91¾ P.
„	5% Met.-Obligat.	61⅜ bez.	Lrbrg.	4% O.Fr.à28kr.b.E.	91⅜ G.
„	5% do. 1852 C.b.R.	— —	„	4% do. à105 kr.b.E.	90 P.
„	4½% Met.-Oblig.	54 G.	Frankf.	3½% Obligation.	98⅜ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	99¾ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	85⅝ P.
„	4% do.	95¾ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à105	88½ P.
„	3½% Staatssch.	90 P.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	101⅜ G.	„	2¼% Schuld	44¾ G.
„	4½% ½jährig	102 G.	Belgien	4½% O.i.Fr.à28kr.	100½ P.
„	4% 1jährig	100⅜ P.	Italien	5% Rente Fr.à28 kr.	— —
„	4% ½jährig	100⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ P.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	4½% Pfbf. b.B.&E.	93¾ G.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E.O.i.Fr.à28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104½ G.	„	4½% Bern. St.-O.	100¾ P.
„	4% do.	102⅝ G.	„	4% do.	94 P.
„	3½% do.	94¼ P.	„	5% Gf. St.O. Fr.28	97⅜ P.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St.i.D.r. 1881	59½ bez.
„	3½% do. v. 1842	92½ G.	„	6% do. r. 1882	57⅞ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	101¾ G.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¾ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Anlehens-Loose.

Oest.250fl.b.R 1839	127 G.
„ 250fl. „ 1854	79¼ P.
„ 100fl.PrL1858	131¼ P.
„ 500fl.v.1860 6/7	84⅛ P.
„ 100fl.v.1864	99 P.
3½% Preuß. Pr.A.	— —
Schwed.Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	111¾ P.
„ 35-fl.- „	52¾ G.
Kurh.40Thl.L. b.R.	56½ P.
Gr.Hess.50fl.L.b.R.	137¾ P.
„ 25fl. „ „ „	37⅜ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ P.
Sard.36-Fr.-L.b.B.	— —
Mail.45-Fr.-L.b.R.	34¼ P.
2½ Lütt.Pr.O.b.G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100Fr	86½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¾ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100⅞ B.
Antwerpen	„	93¾ G.
Augsb. 24fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	96¾ G.
Brüssel	„	93¾ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88¾ B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	119 G.
Maild.i.Fr.200	„	93⅝ G.
München	„	99⅝ G.
Paris	„	94 G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k.S.	102 bez.
Disconto		3½% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138½ P.	4% Pfandbr. d.Frkf.Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	789 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51⅛ P.
5% „ Cred.A.i.O.W.	200 bez.	3% Oest. Süd.St.u.Lom.EB.	50½ G.
3% Bayer. Bank à fl. 500	892 G.	5% Tosc.Centr.Eisnb.Prior.	76¼ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	219½ P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	81¼ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	91¾ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73¼ G.
4% Mitteld.Cr.-A. à 100Th.	96¼ P.	5% Böh.W.-B.P.i.S.b.R. 6/7	84⅜ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105 G.	5% Galz.CarlLdwb.-PrO. 6/7	84¼ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101¼ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	315 G.	5% Oest. Ld.1.Pr.-O.i.Silb.	78 G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	101 G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 G.	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	111 bez.	4% „ „ „	98¾ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68¼ G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	98½ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27½ b.G.	5% Ital. R 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	142½ G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	245½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98½ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	103¼ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	111⅜ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	151 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	128 P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41	-42
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 33½	-34½
20-Frankenst.	„	9 23½	-24½
Engl. Sover.	„	11 49	-53
Russ. Imper.	„	9 42	-44
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45	-45¼
Doll. in Gold	„	2 27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)